

S t a d t H a a n

Niederschrift über die

4. Sitzung des Rates der Stadt Haan

am Dienstag, dem 03.02.2026 um 17:00 Uhr

in der Aula der städtischen Gesamtschule Haan, Walder Str. 15

Beginn:
17:00

Ende:
20:00

Bürgermeister

Bürgermeister Vincent Endereß

CDU-Fraktion

Stv. Jens Bahlmann
Stv. Prof. Dr. Edwin Bölke
Stv. Anette Braun-Kohl
Stv. Dr. Thomas Bremen
Stv. Godehard Büskens
Stv. Tobias Kaimer
Stv. Lara Klose
Stv. Justin Landwehr
Stv. Barbara Leibelt
Stv. Jens Lemke
Stv. Annette Leonhardt
Stv. Dr. rer. nat. Ulrike Peterseim
Stv. Jens Pichtemann
Stv. Henrik Radtke
Stv. Allan Ritchie
Stv. Johannes Woike

ab TOP 2 / 17:05 Uhr

SPD-Fraktion

Stv. Felix Blossey
Stv. Jörg Dürr
Stv. Martin Haesen
Stv. Anna Isljami
Stv. Julia-Janine Klaus
Stv. Johanna Krumnack
Stv. Simone Kunkel-Grätz
Stv. Jens Niklaus
Stv. Sandra Niklaus

ab TOP 2 / 17:05 Uhr
ab TOP 3 / 17:10 Uhr
ab TOP 3 / 17:10 Uhr
bis TOP 7 / 18:40 Uhr
ab TOP 2 / 17:05 Uhr

WLH-Fraktion

Stv. Barbara Kamm
Stv. Meike Lukat
Stv. Tessa Lukat
Stv. Nadine Lütz
Stv. Sonja Lütz
Stv. Annegret Wahlers

AfD-Fraktion

Stv. Monika Birk

ab TOP 2 / 17:05 Uhr

Stv. Robert Ringel

Stv. Thomas Ringel

Stv. Ulrich Schwierzke

ab TOP 2 / 17:05 Uhr

Stv. Frank Walpurgis

GAL-Fraktion

Stv. Lucio Dröttboom

ab TOP 10 / 19:35 Uhr

Stv. Nicola Günther

Stv. Tabea Haberpursch

Stv. Corinna Heindl

Die Linke

Stv. Charly Fortak

ab TOP 2 / 17:05 Uhr

Stv. Tobias Rath

ab TOP 2 / 17:05 Uhr

FDP-Fraktion

Stv. Michael Ruppert

Stv. Hendrik Sawukaytis

ab TOP 2 / 17:05 Uhr

Bürger Union

Stv. Annabell Ciernio

Stv. Harald Giebels

Schriftführung

StA Daniel Jonke

1. Beigeordnete

1. Beigeordnete Annette Herz

Techn. Dezernent

Techn. Dezernent Joachim Horst

Verwaltung

StR'in Anja Esser

StRD'in Andrea Kotthaus

StOVR Gerhard Titzer

ab TOP 3 / 17:20 Uhr

VA Dominic Büsselmann

StHS'in Simone Herweg

Gleichstellungsbeauftragte

VA Nicole Krengel

Der Vorsitzende Bgm. Vincent Endereß eröffnet um 17:00 Uhr die 4. Sitzung des Rates der Stadt Haan. Er begrüßt alle Anwesenden und stellt fest, dass ordnungsgemäß zu der Sitzung eingeladen wurde. Er stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Tagesordnung:

Es liegen keine Anträge zur Tagesordnung vor.

Öffentliche Sitzung

1./ Befangenheitsmitteilungen

Protokoll:

Es liegen keine Befangenheitsmitteilungen vor.

2./ Fragerecht für Einwohner_innen

Protokoll:

Es liegen keine Einwohneranfragen vor.

**3./ Feststellung des Ergebnisses des Bürgerentscheides vom 25.01.2026
Vorlage: 32/007/2026**

Protokoll:

Bgm. Endereß verweist auf die vorliegenden Anträge der Fraktionen. Dies zeige, dass die Thematik auch die Ratsfraktionen, ebenso wie die Stadtverwaltung, sehr bewege. Es gelte nun eine möglichst schnelle, gemeinsame Lösung und einen Kompromiss zu finden, um das Projekt des Rathausneubaus im Sinne aller weiterzuführen.

Er schlägt vor, zunächst das Ergebnis des Bürgerentscheides durch den Rat feststellen zu lassen, bevor sich darüber ausgetauscht werden könne, wie es nun weitergehe.

Hierüber herrscht Einvernehmen unter den Mitgliedern des Rates.

Bgm. Endereß lässt daraufhin über die Feststellung des Ergebnisses des Bürgerentscheides abstimmen (siehe Beschluss und Abstimmungsergebnis).

Im Anschluss eröffnet er die Diskussion über das weitere Vorgehen zur Thematik des Rathausneubaus.

Stv. Niklaus führt aus, dass der Bürgerentscheid ein klares Ergebnis aufgezeigt habe, was die bisherigen Pläne obsolet mache. Er verweist auf den vorliegenden Antrag der SPD-Fraktion und schlägt vor, über diesen als erstes abstimmen zu lassen, da er aus Sicht der SPD-Fraktion am weitestgehend sei.

Stv. Lukat erläutert, dass es hier nicht um einen Grundsatzbeschluss gehe. Der Bürgerentscheid hebe einen konkreten Ratsbeschluss auf, daher benötige es aus Sicht der WLH-Fraktion den Antrag der SPD-Fraktion nicht. Es gehe nun darum, sich schnellstmöglich zusammenzusetzen. Mit Verweis auf den Antrag der WLH-Fraktion schlage sie die Gründung einer Arbeitsgruppe „Rathausneubau“ vor, um sich interfraktionell und unabhängig der politischen Gremien abstimmen zu können.

Stv. Kaimer verliest einen Vorschlag, betont jedoch, dass dieser als gemeinsamer Vorschlag der Politik und nicht exklusiv der CDU-Fraktion gesehen werden könne.

1. *Die Verwaltung wird beauftragt, den Neubau des Rathauses zu planen und ebenfalls eine Neuplanung für die VHS zu beginnen.*
2. *Der Rat der Stadt Haan bekennt sich zum Standort Neuer Markt für den Neubau des Rathauses.*
3. *Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, ob auf Grundlage der bisherigen Planung eine Umplanung erfolgen kann. Dafür ist insbesondere darzustellen,*
 - a. *ob eine Umplanung aufgrund des städtebaulichen Wettbewerbs möglich ist,*
 - b. *ob Regressansprüche der Mitbewerber aus dem städtebaulichen Wettbewerb bestehen könnten,*
 - c. *welche entscheidenden Einsparpotentiale bei der bisherigen Planung gesehen werden – beispielsweise im Hinblick auf die Fassade, die Flexibilität der Räume, das Raumprogramm und die Flächen für die VHS und das Stadtarchiv*
4. *Es wird eine interfraktionelle Arbeitsgruppe zum Neubau des Rathauses eingerichtet – unter Beteiligung eines Vertreters der Bürgerinitiative als beratendes Mitglied.*

Stv. Günther führt aus, dass es wichtig sei, nun schnell zu handeln. Sie verweist darauf, dass mit dem Bürgerentscheid lediglich der letzte Ratsbeschluss aufgehoben worden sei. Die vorherigen Beschlüsse, generell zum Neubau oder zum Standort blieben zunächst unangetastet und behielten ihre Gültigkeit. Sie betont zudem, dass die Volkshochschule (VHS) unbedingt mitberücksichtigt werden müsse.

Stv. Giebels verweist auf den Antrag der Bürger Union und führt aus, dass es einen Neubau des Rathauses bedürfe. Jedoch müsse das Projekt günstiger umgesetzt werden, als es die bisherige Planung vorsah. Dies wünschten sich auch viele Haanerinnen und Haaner, das habe der Bürgerentscheid gezeigt.

Es gelte jetzt, keine Zeit zu verschwenden und schnellstens eine Projektgruppe einzusetzen. Ein entsprechender Grundsatzbeschluss sei bis zur Ratssitzung im Juli 2026 möglich. Den Großteil der Baukosten könne man über Flächenreduzierungen, einen mittleren Ausbaustandart und insbesondere die Verringerung der jeweiligen Bürogrößen erreichen. Bisher sei immer mit dem Höchstmaß der Bürogrößen gerechnet worden. Zudem benötige nicht jedes Amt einen eigenen Besprechungsraum. Zentrale Besprechungsräume halte die Bürger Union für sinnvoller, insbesondere mit Blick auf die Digitalisierung und eine maximale Präsenzquote von 80%. So könnten aus Sicht der Bürger Union bis zu 700 m² Flächen eingespart werden.

Mit Verweis auf die vorliegenden Anträge hätte er sich eine entsprechende, zusammenführende Sitzungsvorlage der Verwaltung gewünscht.

Bgm. Endereß erläutert hierzu, dass die Verwaltung sich hierzu intern zusammensetze und etwas entsprechendes erarbeiten werde.

Stv. Ruppert halte es nicht für sinnvoll, in der heutigen Sitzung bereits über Details der Rathausgestaltung zu streiten. Man sei mit der bisherigen Planung auf dem falschen Weg gewesen. Nun gelte es, eine Lösung für einen Neubau zu finden, welcher den finanziellen Rahmen nicht sprengt. In der Arbeitsgruppe sollte vorurteilslos diskutiert werden, hier beteilige sich die FDP-Fraktion gerne.

Stv. Birk verweist darauf, dass aus Sicht vieler Bürgerinnen und Bürger, diese beim Planungsprozess nicht mitgenommen worden seien. Das gesamte Projekt müsse nun neu gedacht werden. Eine ergebnisoffene Diskussion innerhalb der Arbeitsgruppe sowie der politischen Gremien sei sinnvoll.

Stv. Lukat führt aus, dass zeitnah in einer Arbeitsgruppe diskutiert werden solle. Den Wortmeldungen entnehme sie, dass es einen Konsens der Ratsfraktionen bezüglich der Einrichtung einer Arbeitsgruppe gäbe. Insofern schlage sie vor, entsprechendes zu beschließen.

Bgm. Endereß teilt mit, dass es wichtig sei, im Vorfeld zu prüfen, was aus vergaberechtlicher Sicht möglich sei. Hierzu sei zunächst eine juristische Prüfung notwendig.

Stv. Kaimer ändert den zuvor eingebrachten, gemeinsamen Beschlussvorschlag folgendermaßen ab und beantragt eine Sitzungsunterbrechung, um sich interfraktionell abzustimmen:

1. *Die Verwaltung wird beauftragt, den Neubau des Rathauses zu planen und ebenfalls eine Neuplanung für die VHS zu beginnen.*
2. *Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, ob auf Grundlage der bisherigen Planung eine Umplanung erfolgen kann. Dafür ist insbesondere darzustellen,*
 - a. *ob eine Umplanung aufgrund des städtebaulichen Wettbewerbs möglich ist,*
 - b. *ob Regressansprüche der Mitbewerber aus dem städtebaulichen Wettbewerb bestehen könnten,*
 - c. *welche entscheidenden Einsparpotentiale bei der bisherigen Planung gesehen werden und vergaberechtlich möglich sind – beispielsweise im Hinblick auf die Fassade, die Flexibilität der Räume, das Raumprogramm und die Flächen für die VHS und das Stadtarchiv*
3. *Es wird eine interfraktionelle Arbeitsgruppe zum Neubau des Rathauses eingerichtet – unter Beteiligung eines Vertreters der Bürgerinitiative als beratendes Mitglied.*

Stv. Niklaus erläutert, dass es bezüglich des Projektes ein Informationsdefizit innerhalb der Öffentlichkeit gegeben habe. Hier gelte es grundsätzlich die Kommunikation mit der Öffentlichkeit zu verbessern. Auch die SPD-Fraktion sei für eine schnelle Lösung und die Einrichtung einer interfraktionellen Arbeitsgruppe.

Stv. Giebels bittet um eine ehrliche Behandlung des Bürgerentscheides und keine Fortführung der alten Planung durch die Hintertür. Die Bürger Union habe die für sie wichtigen Punkte für die Diskussion innerhalb der Arbeitsgruppe genannt.

Stv. Fortak spricht sich im Namen der Fraktion Die Linke ebenfalls für die Arbeitsgruppe aus, jedoch sollten neben der Bürgerinitiative auch weitere Bürgerinnen und Bürger beteiligt werden, um eine bessere Beteiligung der Öffentlichkeit zu gewährleisten.

Bgm. Endereß schlägt vor, in der ersten Sitzung der Arbeitsgruppe zunächst nichtöffentlich zu diskutieren, um eine Bestandsaufnahme über die verschiedenen Ansichten zu erhalten. Im Anschluss könne die Öffentlichkeit sehr gerne beteiligt werden.

Stv. Lukat verweist darauf, dass die Öffentlichkeit auch an der bisherigen Planung beteiligt war. Sie verweist hierzu auf die öffentlichen Beratungen der Thematik in den Sitzungen der politischen Gremien. Auch habe es immer wieder Infoveranstaltungen gegeben, bei denen die Bürgerinnen beteiligt worden seien.

Stv. Günther führt ebenfalls aus, dass die GAL-Fraktion die Diskussion offener gestalten möchte.

Bgm. Endereß betont, dass die Verwaltung für die Darstellung von Alternativen zunächst eine rechtlich fundierte, vergaberechtliche Prüfung benötige.

Der **Technische Dezernent** bestätigt ebenfalls, dass zunächst geprüft werden müsse, was im Rahmen des Vergaberechts nun möglich sei.

Bgm. Endereß verweist auf die von Stv. Kaimmer beantragte Sitzungsunterbrechung und lässt hierüber abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

Bgm. Endereß unterbricht die Sitzung daraufhin von 18:01 bis 18:20 Uhr um den Fraktionen die Möglichkeit zu geben, sich bezüglich eines gemeinsamen Beschlusses auszutauschen.

Anschließend verliest er einen gemeinsamen Beschlussvorschlag aller Ratsfraktionen und des Bürgermeister und lässt daraufhin darüber abstimmen.

Beschluss zur Feststellung des Ergebnisses:

Zum Bürgerentscheid über die Frage „Soll der unter Top 3 der Ratssitzung gefasste Beschluss des Rates der Stadt Haan vom 17.12.2024 zur freigegebenen Entwurfsplanung für den Neubau des Rathauses der Stadt Haan mit Räumen der VHS und dem Stadtarchiv am unteren Neuen Markt mit der Zuwegung und Erschließung über den Windhövel, aufgehoben werden?“ stellt der Rat fest:

1. Das erforderliche Quorum der Ja-Stimmen von 20 % (= 4.935) der Abstimmungsberechtigten Bürgerinnen und Bürger wurde mit 6.163 abgegebenen Ja-Stimmen überschritten.
2. Das Anliegen des Bürgerbegehrens wurde von 6.163 = 65,38 % der Abstimmenden im Bürgerentscheid befürwortet. Es wurde von 3.263 = 34,62 % der Abstimmenden abgelehnt. Damit wurde auch die Voraussetzung „eine Mehrheit der Abstimmenden für das Begehren zu erhalten“ erreicht.
3. Der Rat hat festgestellt, dass das Bürgerbegehren zu der Abstimmungsfrage: „Soll der unter Top 3 der Ratssitzung gefasste Beschluss des Rates der Stadt Haan vom 17.12.2024 zur freigegebenen Entwurfsplanung für den Neubau des Rathauses der Stadt Haan mit Räumen der VHS und dem Stadtarchiv am unteren Neuen Markt mit der Zuwegung und Erschließung über den Windhövel, aufgehoben werden?“ die erforderlichen Mehrheiten erreicht hat.

Beschluss gem. Beschlussantrag aller Fraktionen sowie des Bürgermeisters:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, den Neubau des Rathauses zu planen und ebenfalls eine Neuplanung für die VHS zu beginnen.
2. Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, ob auf Grundlage der bisherigen Planung eine Umplanung erfolgen kann. Dafür ist insbesondere darzustellen,
 - a. ob eine Umplanung aufgrund des städtebaulichen Wettbewerbs möglich ist,
 - b. ob Regressansprüche der Mitbewerber aus dem städtebaulichen Wettbewerb bestehen könnten,
 - c. welche entscheidenden Einsparpotentiale bei der bisherigen Planung gesehen werden und vergaberechtlich möglich sind – beispielsweise im Hinblick auf die Fassade, die Flexibilität der Räume, das Raumprogramm und die Flächen für die VHS und das Stadtarchiv.
 - d. dieses Ergebnis wird der Arbeitsgruppe als eine Alternative zur Beratung vorgelegt.
3. Es wird eine interfraktionelle Arbeitsgruppe zum Neubau des Rathauses unter Beteiligung eines Vertreters der Bürgerinitiative „Stopp des Mega-Schuldenprojektes Rathausneubau Haan“ als beratendes Mitglied, sofern dies seitens der Bürgerinitiative gewünscht wird, eingerichtet.

Abstimmungsergebnisse:**zum Beschluss zur Feststellung des Ergebnisses:**

einstimmig beschlossen

zum Beschluss gem. Beschlussantrag aller Fraktionen sowie des Bürgermeisters:

einstimmig beschlossen

**4./ Abbau einer Betreuungsgruppe (Gruppenform I - Kinder im Alter von zwei Jahren bis zum Schuleintritt) in der städtischen Kita Am Sandbach
Vorlage: 51/003/2025**

Protokoll:

Stv. Blossey verweist auf die Beratungen im Haupt- und Finanzausschuss (HFA) und im Jugendhilfeausschuss (JHA). Der Beratungsbedarf der SPD-Fraktion konnte durch die Verwaltung nun ausgeräumt werden, daher ziehe die SPD-Fraktion ihren Antrag zurück und schließe sich dem Beschlussvorschlag der Verwaltung an.

1. Bgo. Herz verweist auf die Fragen der WLH-Fraktion und führt bezüglich der Passivierung von Plätzen aus, dass Gespräche mit dem LVR stattfänden, jedoch sei ein Überangebot an Plätzen eher die Ausnahme und daher auch für den LVR Neuland. Die Gespräche seien allerdings noch nicht abgeschlossen. Bezüglich einer Umstrukturierung der Kitas der evangelischen Kirche verweist sie auf das Protokoll des Jugendhilfeausschusses im Dezember. Dieses sei nun an alle Mitglieder des JHA verteilt worden.

Insgesamt würden sich für das Kitajahr 2027/2028 53 Plätze zu viel ergeben. Die Verwaltung werde die entsprechenden Träger beraten, sie weist jedoch auch darauf hin, dass die freien Träger selbst ebenfalls eigene Vorschläge herausarbeiten müssen, in welchen ggf. auch Standorte zur Disposition stehen. Sie betont, dass bei einer Unterfinanzierung eine finanzielle Schieflage der Träger eintreten könne, welche in der Folge entsprechende Defizitanträge bei der Stadt Haan stellen könnten. Die Gespräche, Beratungen und Ergebnisse würden in die Kita-Bedarfsplanung mit einfließen. Bezüglich der Auswirkungen auf den Stellenplan würde sie im nichtöffentlichen Teil antworten.

Stv. Lukat bedankt sich für die Ausführungen. Die Eltern bräuchten eine klare Antwort, dass die Kita nicht gefährdet sei. Es ginge die Angst um, dass die Kita auf stillem Weg geschlossen werde. Die Gruppenschließung nehme die WLH-Fraktion zur Kenntnis.

1. Bgo. Herz teilt mit, dass zahlreiche Gespräche mit Eltern stattgefunden hätten. Die Verwaltung habe bestätigen können, dass die Kita am Laufen gehalten werden solle, mindestens bis zum Ende des Kita-Jahres 2027/2028.

Stv. Giebels verweist auf den Elternbrief und darauf, dass die Eltern nach wie vor besorgt seien, dass die Kita geschlossen werde.

Bgm. Endereß erläutert, dass die Verwaltung nur das garantieren könne, was derzeit machbar sei. Man kommuniziere dies auch so gegenüber den Eltern.

Beschluss:

1. Der Rat der Stadt Haan nimmt den vorläufigen Abbau einer Gruppe der Gruppenform I (20 Kinder im Alter von zwei Jahren bis zum Schuleintritt) in der städtischen Kita Am Sandbach ab dem 01.08.2026 zur Kenntnis.
2. Eine Entscheidung über eine ggfs. dauerhafte Schließung der Gruppe wird im Rahmen der Kita-Bedarfsplanung für den Zeitraum 01.08.2026 bis 31.07.2027 getroffen.
3. Das Jugendamt wird beauftragt, die erforderlichen organisatorischen, personalwirtschaftlichen und elternbegleitenden Maßnahmen vorzubereiten und umzusetzen.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich beschlossen

42 Ja / 2 Nein / 0 Enthaltungen / 2 nicht teilgenommen

5./ Änderung der Zuständigkeitsordnung für die Ausschüsse des Rates der Stadt Haan

Vorlage: 10/022/2026

Beschluss:

Die Änderung der Zuständigkeitsordnung der Ausschüsse des Rates der Stadt Haan gem. Anlage wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

44 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltungen / 2 nicht teilgenommen

6./ Änderung der Geschäftsordnung des Rates der Stadt Haan

Vorlage: 10/025/2026

Protokoll:

Stv. Niklaus teilt mit, dass die SPD-Fraktion bezüglich mehrerer Paragraphen der Geschäftsordnung noch weitere Änderungsvorschläge habe.

Stv. Lukat verweist darauf, dass es diesbezüglich mehrere interfraktionelle Treffen gegeben habe, in welchen die Änderungsvorschläge hätten diskutiert und eingearbeitet werden können. Es sei verärgern, wenn solche Vorschläge erst in der Ratssitzung gemacht würden.

Sie stellt daher einen Antrag zur Geschäftsordnung auf Vertagung der Sache.

Bgm. Endereß lässt daraufhin über den Antrag zur Geschäftsordnung auf Vertagung der Sache abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

Bgm. Endereß weist nochmal darauf hin, mögliche Änderungsvorschläge rechtzeitig bis zur nächsten Sitzung des Rates schriftlich vorzulegen, so dass die Verwaltung diese einarbeiten könne.

Beschluss:

Der Sachverhalt wird bis zur nächsten Sitzung des Rates vertagt. Ein Beschluss in heutiger Sitzung erfolgt daher nicht.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

7./ Änderung der Hauptsatzung der Stadt Haan
Vorlage: 10/017/2025/1

Protokoll:

Stv. Kaimer verweist auf § 5 Abs. 5 lit. c des Entwurfs der Hauptsatzung und bezieht sich auf die Glaubhaftmachung bei Selbstständigen. Er weist darauf hin, dass eine schriftliche Erklärung über die Höhe des Einkommens der jeweiligen Person möglicherweise nicht ausreiche. Er verweist dazu auf die Hauptsatzung der Stadt Düsseldorf. Hier sei unter § 20 Abs. 3 die Glaubhaftmachung über die Bescheinigung des Steuerberaters erforderlich. Er regt an, diese Formulierung auch in die Hauptsatzung der Stadt Haan zu übernehmen.

Stv. Giebels weist darauf hin, dass eine Begrenzung auf einen Steuerberater nicht rechtskonform sei, da auch Rechtsanwälte entsprechende Testate ausstellen dürften.

Stv. Kaimer entgegnet, dass die Hauptsatzung der Stadt Düsseldorf durch das entsprechende Rechtsamt geprüft sei. Insofern gehe er davon aus, dass die Formulierung so rechtskonform sei.

Stv. Giebels bittet dennoch darum, die Formulierung zur Glaubhaftmachung noch um „Rechtsanwalt“ zu ergänzen.

Da hierzu keine Gegenrede erfolgt, lässt **Bgm. Endereß** über die vorgelegte Hauptsatzung inkl. des von Stv. Kaimer und Stv. Giebels vorgetragenen Änderungsvorschlag abstimmen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Haan beschließt die Änderung der Hauptsatzung gem. der beigefügten Anlage.

Der § 5 Abs. 5 lit. c der Hauptsatzung erhält folgende Änderung:

Der Satz: *„Die Glaubhaftmachung erfolgt durch eine schriftliche Erklärung über die Höhe des Einkommens, in der die Richtigkeit der gemachten Angaben versichert wird.“*

wird gestrichen und durch folgenden Satz ersetzt:

„Die Glaubhaftmachung erfolgt insbesondere durch Vorlage einer Bescheinigung des Steuerberaters oder Rechtsanwalts über die Höhe des Einkommens.“

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

45 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltungen / 1 nicht teilgenommen

**8./ Bestellung zur Kämmerin der Stadt Haan
Vorlage: 10/026/2026**

Beschluss:

Der Rat der Stadt Haan bestellt die stellvertretende Kämmerin Frau Anja Esser mit sofortiger Wirkung zur Kämmerin.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

9./ Einbringung Haushaltsplanentwurf 2026

Vorlage: 20/004/2026

Protokoll:

Bgm. Endereß bedankt sich bei der Kämmerin sowie dem Team der Kämmerei für den vorgelegten Haushaltsplanentwurf. Im Anschluss daran hält er seine Rede zur Einbringung des Haushaltsplanentwurfs für das Jahr 2026 (*siehe Ratsinformationssystem – TOP 9*).

StR'in Esser als Kämmerin hält im Anschluss ebenfalls ihre Rede zur Einbringung des Haushaltsplanentwurfs inklusive einer Präsentation (*siehe Ratsinformationssystem – TOP 9*).

Bgm. Endereß verweist auf den vorliegenden, gemeinsamen Antrag der Fraktionen der CDU, SPD, WLH, GAL, FDP und Bürger Union (*siehe Ratsinformationssystem – zu TOP 9*).

Stv. Ruppert führt aus, dass der Druck auf das Land erhöht werden müsse, die finanzielle Situation der Kommunen zu verbessern.

Im Anschluss lässt Bgm. Endereß über den gemeinsamen Antrag abstimmen:

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

45 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltungen / 1 nicht teilgenommen

Nach Beschluss des gemeinsamen Antrags

Beschluss:

Der Entwurf der Haushaltssatzung 2026 mit ihren Anlagen wird zur Kenntnis genommen und zur Beratung an die Fachausschüsse verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

10./ Stellenplan der Stadt Haan für das Jahr 2026

**Vorlage: 10/200/2025 - wird zur Einbringung des Haushaltsplanentwurfes
in der Sitzung vorgelegt**

Vorlage: 10/200/2025

Protokoll:

StOVR Titzer erläutert den Stellenplan sowie dessen Aufbau.

Bgm. Endereß weist darauf hin, dass der StOVR Titzer Anfang kommenden Jahres in den Ruhestand gehen werde und dass dies seine letzte Sitzung des Rates sowie Einbringung des Stellenplans sei.

Er bedankt sich bei Herrn Titzer für den jahrelangen Dienst bei der Stadt Haan sowie die stets kompetente Beratung.

Beschluss:

Der Stellenplan wird zwecks Einbringung und weiterer Beratung im Rahmen der Haushaltsplanberatungen zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

10. Stellenplan 2026

**1./ hier: 1,0 VZÄ Einsatzführungsdienst & Brandschutzdienststelle sowie 1,0
VZÄ Einsatzführungsdienst & Sachbearbeitung Technik, Rettungsdienst**

Vorlage: 10/196/2025

Beschluss:

Die Vorlage zum Stellenplan wird zwecks Einbringung und Beratung im Rahmen der Haushaltsplanberatungen zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

10. Stellenplan 2026

2./ hier: Zusätzlicher Stellenanteil von 1,0 VZÄ in der Asylsachbearbeitung (EG 9b)

Vorlage: 10/197/2025

Beschluss:

Die Vorlage zum Stellenplan wird zwecks Einbringung und Beratung im Rahmen der Haushaltsplanberatungen zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

10. Stellenplan 2026

3./ hier: zusätzlicher Stellenanteil von 1,0 VZÄ für die Sachbearbeitung im Brandschutz/Sonderbauten

Vorlage: 10/198/2025

Beschluss:

Die Vorlage zum Stellenplan wird zwecks Einbringung und Beratung im Rahmen der Haushaltsplanberatungen zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

10. Stellenplan 2026

4./ hier: zusätzlicher Stellenanteil von 1,0 VZÄ für die technische Sachbearbeitung in der Bauaufsicht

Vorlage: 10/199/2025

Beschluss:

Die Vorlage zum Stellenplan wird zwecks Einbringung und Beratung im Rahmen der Haushaltsplanberatungen zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

10. Stellenplan 2026

**5./ hier: Zusätzlicher Stellenanteil von 0,5 VZÄ für die juristische
Sachbearbeitung und Unterstützung des Antikorruptionsbeauftragten und
Geheimchutz-beauftragten
Vorlage: 10/021/2026**

Beschluss:

Die Vorlage zum Stellenplan wird zwecks Einbringung und Beratung im Rahmen der Haushaltsplanberatungen zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

**11./ Hebesatzänderungssatzung 2026 für die Grundsteuer und die
Gewerbesteuer der Stadt Haan
Vorlage: 20/002/2026**

Beschluss:

Die Vorlage zur Änderung der Hebesatzsatzung wird zwecks Einbringung und Beratung im Rahmen der Haushaltsplanberatungen zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

12./ Neubesetzung von Ausschüssen

Beschluss:

Den vorliegenden Anträgen der CDU-Fraktion vom 03.02.2026 sowie der Fraktion Die Linke vom 02.02.2026 auf Neubesetzung von Ausschüssen wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnisse:

zum Antrag der CDU-Fraktion:

einstimmig beschlossen

zum Antrag der Fraktion Die Linke:

einstimmig beschlossen

13./ Beantwortung von Anfragen

Protokoll:

1. Bgo. Herz verweist auf die vorliegende Anfrage der WLH-Fraktion vom 31.01.2026 bezüglich der Sozialraumanalyse (*siehe Ratsinformationssystem – TOP 13*).

Sie führt aus, dass die evangelische Kirche nach ihrer Kenntnis weder Daten seitens des Jugendamtes, des Ordnungsamtes oder der Polizei erhalten habe. Im Jahresbericht des Jugendamtes waren die Auswertungen zur Jugendkriminalität enthalten, die auf Angaben der Polizei beruhen. Als Handlungsempfehlung wurde die Stelle „Jugendhilfe im Strafverfahren“ ausgebaut und die Streetworker-Stunden von 10 auf 15 Wochenstunden aufgestockt. Insofern könne die Verwaltung keine Auskunft darüber geben, auf welchen Daten und Zahlen die Sozialraumanalyse der evangelischen Kirche beruhe.

Sie verweist auf den noch kommenden Sozialreport und rät dazu, diesen abzuwarten.

Bgm. Endereß verweist darauf, dass die weiteren vorliegenden Anfragen bereits schriftlich beantwortet seien.

Weitere Anfragen liegen nicht vor.

14./ Mitteilungen

Protokoll:

Es liegen keine Mitteilungen vor.